

## Nicht umsonst

Die Pharma-Industrie bestätigt, Bonner Politiker mit Geld und Geschenken ausgestattet zu haben – doch dadurch beeinflusst worden sein will keiner.

Am 22. Dezember 1978, zwei Tage vor Heiligabend, rüstete Hans-Otto Scholl zur Bescherung.

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI) schrieb an dessen Vorsitzenden Max P. Tiefenbacher, es sei „nützlich“, sich gegenüber „einigen Damen und Herren „erkenntlich“ zu zeigen, „deren Unterstützung und Verständnis sich im zurückliegenden Jahr als vorteilhaft erwiesen“ hätten.

„Für den Fall, daß Sie grundsätzlich einverstanden sind“, so Scholl, „bitte ich um Rückgabe der anliegenden Übersicht mit Ihrer Unterschrift.“

Die angesprochene Übersicht – mit der erbetenen Tiefenbacher-Unterschrift – gehört zu dem Stapel vertraulicher BPI-Dokumente aus Scholls Schweizer Tresor, über deren Inhalt letzte Woche der SPIEGEL berichtete und die eine neue Schmiergeldaffäre ausgelöst haben: Mit der Gesundheitspolitik befaßte Abgeordnete und Beamte hatten, wie die Scholl-Papiere belegen, jahrelang Geld von der Pharma-Industrie kassiert.

Der Weihnachts-Briefwechsel aus dem Jahr 1978 erwies sich vergangene Woche in zweierlei Hinsicht als symptomatisch: So blitzlichtartig diese Korrespondenz das Vorgehen der Pharma-Lobby erhellte, so deutlich kennzeichnete das Echo auf die Veröffentlichung der Geschenkliste die Reaktionsweise der Regierenden.

Allein zum Weihnachtsfest 1978 hatte der BPI insgesamt 74 000 Mark, deklariert als „Überweisung“, „Spenden“ oder (überwiegend) als „Geschenk“, an 32 Beamte und Abgeordnete ausgeschüttet. Und Scholls Brieftext („auch in diesem Jahr“) verriet, daß die Präsentationsaktion kein Einzelfall war.

An der Spitze der 1978er Liste standen zwei Bonner Prominente:

- ▷ Eine „Überweisung 10 000,- DM“ war „Professor von Manger-Koenig“ zugesandt, der von 1967 bis 1973 Staatssekretär im damals SPD-geführten Gesundheitsministerium war.
- ▷ Mit einem „Geschenk 3000,- DM“ steht „Professor Wolters“ auf der Liste, der 1973 Manger-Koenigs Nachfolger als Gesundheitsstaatssekretär wurde.

Bonnens Gesundheitsminister und CDU-Generalsekretär Geißler, dessen Parteifreunde zuhauf in den Scholl-Papieren figurieren, ergriff am Freitag letzte Woche in der Aktuellen Stunde des Bundestages das Wort – nicht um sich



**Pharma-Lobbyist Scholl**  
Während der Gesetzesberatung ...

von den Schmiergeldpraktiken der Arzneimittel-Hersteller zu distanzieren, sondern um „ein besonders infames Beispiel für die Verwahrlosung journalistischer Sitten“ aufzuzeigen.

Manger-Koenig habe, so Sittenwächter Geißler, zwar die „im SPIEGEL erwähnte Zahlung von 10 000 Mark“ erhalten, aber eben erst 1978, „fünf Jahre nach seiner Pensionierung“.

Was Geißler dem Parlament vorenhalt: Nach der mit 54 Jahren erfolgten Pensionierung stand der Staatssekretär dem Ministerium weiterhin als Berater zur Verfügung; zudem gehörte er dem Bundesgesundheitsrat an sowie, als Vertreter der Bundesregierung, dem Exekutivrat der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf – Posten, deren Besetzung mit einem Sympathisanten des BPI für die Pharma-Industrie von erheblicher Bedeutung war.

Auf den Umstand, daß laut BPI der Manger-Koenig-Nachfolger Wolters – während seiner Amtszeit als Staatssekretär – mit einem „Geschenk 3000,- DM“ bedacht worden war, ging Geißler vorm Bundestag nicht ein. Statt dessen meldete sich letzte Woche Wolters selber zu Wort – mit einem bemerkenswerten Schriftsatz an den SPIEGEL.

Wolters beteuert darin, vom BPI „weder Wahlkampfspenden“ erhalten zu haben (was niemand behauptet hatte) noch „für Gefälligkeiten Honorare oder sonstige Zuwendungen“ – wofür dann?

„Die von Ihnen erwähnten DM 3000“, so Wolters' Version, „habe ich für die Teilnahme an einer Podiumsdiskussion im Mai 1980 als Honorar erhalten.“ Damals hatte der Beamte unter dem Beifall der Pharma-Vertreter die Politik seiner eigenen Regierung konterkariert und die Bonner Kostendämpfungsmaßnahmen als „gesundheitspolitisch bedenklich“ kritisiert, wie der BPI bald in seinem Organ „Medikament und Meinung“ triumphierend meldete.

So glaubhaft Wolters' Erklärung anmutet, er sei für diesen nicht gerade regierungsfreundlichen Auftritt mit 3000 Mark bezahlt worden – um das in der Scholl-Liste erwähnte, laut BPI schon anderthalb Jahre vorher veranlaßte „Geschenk 3000,- DM“ kann es sich bei

22. Dezember 1978  
DrSch/MLO

Herrn  
Direktor M.P. TIEFENBACHER  
Hoechst AG  
Postfach 80 03 20  
6230 FRANKFURT 80

Sehr geehrter Herr Tiefenbacher,

Ich halte es für nützlich, wenn sich der Bundesverband auch in diesem Jahr gegenüber einigen Damen und Herren „erkenntlich“ zeigte, deren Unterstützung und Verständnis sich in zurückliegenden Jahren als vorteilhaft erwiesen. Für den Fall, dass Sie grundsätzlich einverstanden sind, bitte ich um Rückgabe der anliegenden Übersicht mit Ihrer Unterschrift. Es versteht sich von selbst, dass Sie die von mir vorgesehenen Beträge korrigieren können. Ich weise positiv, dass sich alle von mir erwähnten Adressaten über eine „Aufmerksamkeit“ freuen würden.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

|                                                               |                   |             |
|---------------------------------------------------------------|-------------------|-------------|
| Professor von Manger-Koenig                                   | Überweisung       | 10.000,- DM |
| Professor Wolters                                             | Geschenk          | 3.000,- DM  |
| Professor Gross                                               | Geschenk          | 2.000,- DM  |
| Professor Weber                                               | Geschenk          | 2.000,- DM  |
| Dr. Kimbel                                                    | Geschenk          | 2.000,- DM  |
| Professor Denke                                               | Geschenk          | 1.000,- DM  |
| Dr. Fiedler                                                   | Geschenk          | 1.000,- DM  |
| Dr. Bourmer                                                   | Geschenk          | 1.000,- DM  |
| Dr. Alberti                                                   | Geschenk          | 1.000,- DM  |
| Professor Kreionberg                                          | Geschenk          | 1.000,- DM  |
| Lewandowski                                                   | Geschenk          | 1.000,- DM  |
| Professor Schnieders                                          | Geschenk          | 1.000,- DM  |
| MinRat Bauer                                                  | Geschenk          | 1.000,- DM  |
| Dr. von Barby                                                 | Geschenk          | 1.000,- DM  |
| RegDir Sies                                                   | Geschenk          | 1.000,- DM  |
| Dr. Feiden                                                    | Geschenk          | 1.000,- DM  |
| Dr. Gruber-Kirch                                              | Geschenk          | 1.000,- DM  |
| Dr. Tcheknavorian                                             | Geschenk          | 3.000,- DM  |
| Abgeordnete CDU/CSU-Bundestagsfraktion<br>(5 Abgeordnete)     | Spenden à 5.000,- | 25.000,- DM |
| Abgeordnete FDP-Bundestagsfraktion<br>(3 Abgeordnete)         | Spenden à 4.000,- | 12.000,- DM |
| Fraktionsgeschäftsführer Sozialpolitik<br>(6 Geschäftsführer) | Geschenke à 500,- | 3.000,- DM  |

den 22. Dezember 1978  
DrSch/MLO

( M.P. Tiefenbacher )

### Scholl-Korrespondenz

... hilfreiche „Gesten“ veranlaßt

diesen 3000 Mark nicht gehandelt haben.

Darüber hinaus habe er, räumt der nach dem Staatsdienst beim Pharma-Multi Hoechst untergekommene Ex-Beamte ein, „im Oktober 1978“, also während seiner Amtszeit als Staatssekretär, für einen Vortrag vor dem Weltverband der Pharma-Industrie „ein Honorar von DM 4000 erhalten“. Auch diese Angabe verrät einiges über das Stilempfinden und die Nebeneinkünfte des damaligen Beamten, nichts aber über den Hintergrund des – erst zwei Monate später im BPI beschlossenen – „Geschenks 3000,- DM“.

Mit ähnlich konstruierten Erklärungen, die kraftvoll dementieren, was keiner behauptet hat, und mit Stellungnahmen, die mehr vernebeln als erhellen, reagierten auch andere Betroffene, quer

durch die Parteien, um dem Eindruck zu begegnen, es sei dem BPI gelungen, ihr Wohlwollen zu erkaufen.

Daß Hunderttausende von Mark an Politiker und Beamte geflossen sind, wollte Ende letzter Woche nicht einmal der Pharma-Verband dementieren. Seine Vertreter hatten sich bei der Mainzer Staatsanwaltschaft von der Existenz und der Echtheit der im SPIEGEL zitierten Scholl-Papiere überzeugen können.

Von 1975 bis 1979 habe der BPI, räumte ein Sprecher nun ein, 110 000 Mark an Parteien überwiesen, 100 000 Mark an einzelne Abgeordnete, separate Spenden von Mitgliedsfirmen nicht mitgerechnet. Außerdem habe Scholl während dieses Zeitraums 100 000 Mark direkt an diverse Politiker vergeben können – eine damals „durchaus übliche Praxis“ (BPI).

Entlastet wählte sich der Verband durch Mitteilungen der Frankfurter und der Bonner Staatsanwaltschaft, wegen der Pharma-Spenden gebe es nichts zu ermitteln. Die SPIEGEL-Vorwürfe, frohlockte der BPI, beruhten nicht auf „rechtlich bedenklichen Fakten“.

Der selbstausgesprochene Freispruch war zumindest voreilig. Gelder – wie geschehen – entgegen dem Parteiengesetz über Spendenwaschanlagen, am Finanzamt vorbei, Parteien zuzuleiten, ist ebenso strafbar wie die Nichtversteuerung von Honoraren und Schmiergeldern. Und wenngleich das westdeutsche Recht den Tatbestand der Bestechung von Abgeordneten nicht mehr kennt – Bestechung und Bestechlichkeit von Beamten sind mit Strafe bedroht.

Wenn nun gleichwohl viele Hinweise auf Steuerhinterziehung und Bestechung in den Archiven der Staatsanwaltschaften verschwinden, dann nur deshalb, weil diese Taten in der Regel nach fünf Jahren verjährt sind – ein juristischer Automatismus, der keineswegs alte Delikte heilt: Die Verjährung ist lediglich ein „Verfolgungshindernis“, wenn auch eines auf Dauer.

Die heikle Rechtslage könnte, neben der vom Verband registrierten „gestiegenen Sensibilität“ der Öffentlichkeit, dazu beigetragen haben, daß der BPI letzte Woche ankündigte, mit Spenden künftig „zurückhaltend“ operieren zu wollen – jedenfalls wohl zurückhaltender, als es die Art des Bonner Verbandsvertreters Wilhelm Braun gewesen war.

Braun hatte beispielsweise unter dem 7. Februar 1979 in einem internen Brief festgehalten, welchem Zweck die auch nach der Verabschiedung des Arzneimittelgesetzes von 1976 anhaltenden Beeinflussungsversuche seines Verbandes dienen sollten.

Braun an Scholl: „Im Hinblick auf die laufenden Beratungen zum Apothekenwesen-Änderungsgesetz sowie zum Gesetz über die Prüfungspflicht für medizinisch-technische Geräte wäre es sehr hilfreich, wenn Sie die entsprechenden Gesten alsbald veranlassen würden.“

Daß solche „Gesten“ auch einer Pharma-„Kontaktgruppe“ innerhalb der CDU/CSU-Fraktion galten, wurde noch Anfang vergangener Woche von BPI-Hauptgeschäftsführer Hans Rüdiger Vogel bestritten; eine solche Gruppe habe, so Vogel im Hörfunk, nie existiert – ein Dementi mit kurzen Beinen.

In den Vorstandsakten des Pharma-Verbandes hätte Vogel nachlesen können, daß ein Papier des Bonner BPI-Lobbyisten Braun aus dem Jahr 1980 sieben Unionsabgeordnete als „Kontaktgruppe Arzneimittelwesen der CDU/CSU-Bundtagsfraktion“ namentlich aufführt: Karl Becker, Prinz Botho zu Sayn-Wittgenstein, Hanna Neumeister, Albrecht Hasinger, Hugo Hammans, Rudolf Kraus und Johannes Müller.

Von den dreien, die noch immer im Parlament sitzen, verwahrte sich letzten Freitag vor allem Spenden-Adressatin



Ministerpräsident Vogel  
1000 oder 10 000 Mark?

Neumeister gegen den Vorwurf, das Arzneimittelgesetz sei durch Einflußnahme der Pharma-Industrie verwässert worden: Es sei „kein erpreßtes Gesetz, sondern ein anerkannt gutes Gesetz“.

Die SPD-Abgeordnete Anke Fuchs, von ihrer Partei mit der Untersuchung der Schmiergeldaffäre beauftragt, kommt zum gegenteiligen Ergebnis. Wenn sie sich den Ursprungsentwurf des Gesetzes ansehe und dann lese, „was dabei herausgekommen ist“, so Anke Fuchs, dann sei sie „davon überzeugt, daß auf massive Einflußnahme der pharmazeutischen Industrie damals der Regierungsentwurf verwässert wurde“.

So stellt es der Pharma-Verband, anders als die CDU-Abgeordnete Neumeister, in seinen Schriften selber dar. Den überarbeiteten Regierungsentwurf feierte die Lobby nach Verabschiedung des Gesetzes als sichtbaren Erfolg ihrer Bemühungen: Die Änderungen, heißt es im

BPI-Jahresbericht 1975/76, könnten „aus der Sicht der pharmazeutischen Industrie nahezu ausnahmslos als positiv beurteilt werden“. Und: „Der Einsatz des Bundesverbandes war nicht umsonst.“

Die von CDU/CSU-Abgeordneten bestrittene Einflußnahme zugunsten der Pharma-Branche bestätigt auch Diplom-Volkswirt Eckhardt Westphal, Abteilungsleiter für Arzneimittelwesen im AOK-Bundesvorstand: Der ursprüngliche Referententwurf habe „durch das Wirken des Pharmaverbandes eine inhaltliche Demontage erfahren“. Die in zahlreichen Änderungsanträgen „wörtliche Identität von Anträgen des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie und der CDU/CSU“, so Westphal, „macht den hohen Wirkungsgrad der Anbieterlobby augenfällig“.

Doch so offenkundig mittlerweile die Effektivität der Pharma-Lobby und so unbestritten die Zahlung von Hunderttausenden ist – wer im einzelnen wieviel und für welche Gegenleistung bekommen hat, verliert sich zum Teil noch im Ungewissen.

Der Mainzer Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) etwa, vom SPIEGEL letzte Woche als „Pharma-Spendenempfänger“ bezeichnet, erklärte, „1979 oder 1980“ Geld vom Verband erhalten zu haben. Es habe sich aber lediglich um ein 1000-Mark-Honorar für einen Vortrag gehandelt, den er in Hamburg für den BPI gehalten habe. Die Summe sei nicht ihm persönlich, sondern dem CDU-Landesverband gutgeschrieben worden.

In den sichergestellten Scholl-Papieren findet sich indes eine Liste vom 19. Dezember 1977 mit dem Vermerk: „Spende 10 000 DM, Dr. Vogel, Rheinland-Pfalz“. Der BPI konnte letzte Woche eine solche Zahlung nicht bestätigen; in den ihm zugänglichen Akten gebe es, so Verbandsgeschäftsführer Hans Rüdiger Vogel, keinen Hinweis auf „eine derartige Zahlung“ an seinen Namensvetter in der Mainzer Staatskanzlei oder an den Mainzer CDU-Landesverband.

Die BPI-Darstellung, wenn sie zutrifft, läßt zwei Schlußfolgerungen zu.

Entweder: Scholl hat die von ihm notierten 10 000 Mark tatsächlich nicht an Vogel übermittelt, sondern anderweitig verwendet, womöglich für sich selber – eine Möglichkeit, die Pharma-Funktionär Vogel „bewußt offenlassen“ will.

Oder: Die 10 000 Mark sind wirklich aus dem von Scholl kontrollierten Geheimfonds an den Mainzer Politiker geflossen, und der hat heute, wie viele seiner Kollegen, nicht mehr sämtliche Geldeingänge korrekt im Kopf.

Der Adressat der von Scholl vermerkten größten Einzelszahlung kann zur Aufklärung nichts mehr beitragen: der 1981 ermordete hessische Wirtschaftsminister und FDP-Bundesschatzmeister Heinz Herbert Karry, der in der Pharma-Liste vom Dezember 1977 mit 100 000 Mark notiert ist.